

„Zeit, die Karten neu zu mischen“

Die Koalitionsfraktionen von LINKE, SPD und Bündnis 90/Die Grünen im Thüringer Landtag haben gemeinsam mit Vertreterinnen des Landesfrauenrates und auch der Arbeits- und Sozialministerin Heike Werner (LINKE) anlässlich des Equal Pay Days am 20. März vor dem Plenargebäude in Erfurt dem noch immer vorhandenen Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern die Rote Karte gezeigt und mit einer symbolischen Aktion gefordert: „Es wird Zeit, dass die Karten neu gemischt werden!“

Mit 22 Prozent beträgt der durchschnittliche Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern in der Bundesrepublik noch immer um einiges mehr als in den meisten anderen europäischen Staaten (durchschnittlich 16 Prozent). Laut Bundesamt für Statistik erzielten die etwa 18 Millionen Arbeitnehmerinnen in Deutschland im Jahr 2014 im Durchschnitt le-

diglich einen Verdienst von 15,83 Euro pro Stunde (brutto), die Männer kamen auf 20,20 Euro. Rednerinnen und Redner der Koalitionsfraktionen sowie der CDU-Fraktion betonten, auch wenn die Einkommenslücke in Thüringen mit etwa acht Prozent etwas niedriger sei, könne dies nicht wirklich zufriedenstellen. Ministerin Heike Werner verwies auf das in Thüringen geringe Lohnniveau. „Schlimmer geht's nimmer“, sagte sie mit Blick auf den Bundesvergleich. Frauen seien damit auch besonders von Altersarmut betroffen. Die rot-rot-grüne Landesregierung unterstütze alle Initiativen, um die Lohn- und Einkommenslücke zu schließen.



Transparenz bei der Bezahlung und Branchentarifverträge, besonders auch in der Pflege, forderte die Vorsitzende der Linksfraktion, Susanne Hennig-Wellsow. Der Equal Pay Day sei notwendig, um nachdrücklich Stellung zu beziehen. Die Gleichstellungspolitikerin der Fraktion, Karola Stange, unterstrich, „gleiche Bezah-

lung von Männern und Frauen bei gleicher Qualifikation und Tätigkeit sollte eine Selbstverständlichkeit sein“. Den Lippenbekenntnissen müssten endlich Taten folgen. Leider beträfen aber Minijobs und prekäre Beschäftigung gerade auch in Thüringen überproportional die Frauen. ■



Flurgespräch hinter den Kulissen im Thüringer Landtag

Tagsüber sieht man die fleißigen Helferinnen hinter den Kulissen im Thüringer Landtag kaum. Wachschutz ja, Reinigungskräfte nur, wenn man länger im Büro ist. Deshalb war es für mich überraschend, auf dem Landtagsflur eine Kollegin zu treffen, die ich von gemeinsamen Aktionen der IG BAU, in der ich Mitglied bin, kenne. „Hallo, Marion, was machst du hier?“ Und sofort waren wir im Gespräch. Thema: Mindestlohn. Das sind die konkreten Geschichten, die uns selten im Landtag erzählt werden:

Marion Ohliger ist seit 30 Jahren im grünen Bereich tätig. Sie kam vor zehn Jahren aus Nordrhein-Westfalen und hatte dort schon 12.50 Euro Stundenverdienst. Absturz in Thüringen, langsam ging es aufwärts. Nach vielen Jah-

ren Stagnation schloss die Gewerkschaft dann im Dezember 2014 einen neuen Tarifvertrag ab: 8,10 Euro.

Ab 1.1. 2015 gilt der flächendeckende gesetzliche Mindestlohn. Aber zu den zahlreichen Ausnahmen gehört eben auch die, dass Tarifverträge bis 2017 Gültigkeit haben und erst dann der Mindestlohn für diese Beschäftigten wirksam wird. Was soll man dazu sagen: angeschmiert. Warum nur hat dann die Gewerkschaft diesen Tarifvertrag kurz vor Wirksamwerden des Mindestlohnes überhaupt abgeschlossen? Antwort. Na, es gibt einen Stufenplan der Erhöhung und dann liegen wir 2017 bei 8.60 Euro. Falls der Mindestlohn, der durch eine Kommission der Tarifparteien künftig fortgeschrieben wird, auf längere Zeit eingefroren

würde, hätten die Kollegen dann wenigstens ab 2017 mehr. Was soll ich als Arbeitspolitikerin dazu sagen? Mit GUTER ARBEIT hat das nichts zu tun. Altersarmut kann so nicht verhindert werden. Wir müssen die Rechte von Beschäftigten in Betrieb und Gesellschaft stärken, um voran zu kommen. Das kann Politik, auch die einer rot-rot-grünen Landesregierung, alleine nicht. Da braucht es ein gutes Miteinander der Akteure in- und außerhalb der Parlamente.

Wir wollen im Rahmen einer Veranstaltung der Rosa-Luxemburg-Stiftung am 28. April (14 Uhr, Landtag) genau über dieses Thema diskutieren. Ich lade heute schon dazu ein. Hoffentlich kann Marion dann auch dabei sein.

MdL Ina Leukefeld ■

FRAKTION IN AKTION

Wahlalter ab 16

„Die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre bei Landtags- und Kommunalwahlen ist ein wichtiger Schritt, um Jugendliche früher mitbestimmen zu lassen und ihnen deutlich zu machen, dass sie ein aktiver Teil der demokratischen Gesellschaft sind“, sagte Susanne Hennig-Wellsow, LINKE-Fraktionschefin. Mit der Absenkung des Wahlalters werde zudem erreicht, dass junge Menschen ab 16 sich auch an direktdemokratischen Abstimmungen im Land und in den Kommunen beteiligen dürfen. Mit diesen rot-rot-grünen Gesetzesinitiativen, die sich weitgehend an LINKE-Gesetzentwürfen der letzten Legislatur orientieren, werden die von der CDU praktizierte Demokratie-Blockade und der jahrzehntelange Stillstand bei der stärkeren Einbindung von Jugendlichen endlich beendet. ■

Neuer NSU-Untersuchungsausschuss

Der Thüringer Landtag hat auf Antrag der Fraktionen LINKE, SPD, B90/Grüne und CDU in seiner Sitzung am 27. Februar die Einsetzung eines neuen Untersuchungsausschusses beschlossen. Gegenstand: „Fortsetzung der Aufarbeitung der dem 'Nationalsozialistischen Untergrund' (NSU) sowie der mit ihm kooperierenden Netzwerke zuzuordnenden Straftaten unter Berücksichtigung der Verantwortung der Thüringer Sicherheits- und Justizbehörden, der zuständigen Ministerien sowie deren politischer Leitung bei der erfolglosen Fahndung nach den untergetauchten Mitgliedern des NSU.“

In der Plenardebatte nannte es die Sprecherin für Antifaschismus der Linksfraktion, Katharina König, ein wichtiges Signal, dass der Landtag über parteipolitische Grenzen hinweg

agiere, denn die gemeinsame Aufklärungsarbeit müsse in mehreren komplexen dringend fortgeführt werden. Das betreffe u.a. das mittlerweile bestätigte Netzwerk des NSU. „Das BKA spricht von mehr als 200 NSU-Unterstützern, unter denen sich 42 V-Leute diverser Verfassungsschutzbehörden befinden.“

Susanne Hennig-Wellsow, Fraktionsvorsitzende der LINKEN, verwies darauf, dass es ein Novum ist, dass ein Parlament bereits einen zweiten NSU-Untersuchungsausschuss einsetzt, aber angesichts der Verantwortung, die Thüringen trägt, sei dies folgerichtig und notwendig. „Schließlich ist der NSU aus Thüringer Neonazi-Strukturen heraus entstanden. Das sind wir nicht zuletzt den Angehörigen der Opfer schuldig“, betonte die Politikerin. ■

Spitzel abschalten

„Dass wir den Thüringer Geheimdienst künftig straffer an die Leine nehmen und seine Befugnisse deutlich einschränken, ist auch eine Konsequenz aus dem tödlichen Versagen der Dienste. Die Geschichte des Thüringer Verfassungsschutzes ist von zahlreichen Skandalen geprägt. Die völlig realitätsferne Kritik der Thüringer CDU zeigt lediglich, dass die Partei nichts aus der NSU-Mordserie, dem gescheiterten NPD-Verbot und dem Fall Trinkaus gelernt hat. Die Weigerung, Konsequenzen zu ziehen, ist ein Schlag ins Gesicht aller Opfer rechter Gewalt“, erklärte Susanne Hennig-Wellsow, Vorsitzende der Fraktion DIE LINKE im Thüringer Landtag und Landespartei-vorsitzende, zur Debatte um die Abschaltung der Geheimdienstspitzel durch die Thüringer Landesregierung. ■